

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, bei 6 Monaten 10,- RM, jährlich 20,- RM. Inland: 1,50 RM, Ausland: 2,- RM. Einzelhefte 10 Pf. Alle Postanstalten, Postträger und Geschäftsstellen nehmen Bestellungen entgegen. Im Krieg oder sonstiger Notlage erfolgt kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Abrechnung eingelangter Schriftstücke erfolgt nur, wenn diese beiliegen.

Anzeigenpreise: Die 4 Spalten 20 Kops., die 3 Spalten 15 Kops., die 2 Spalten 10 Kops., die 1 Spalte 5 Kops. Die 4 Spalten 20 Kops., die 3 Spalten 15 Kops., die 2 Spalten 10 Kops., die 1 Spalte 5 Kops. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 193 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Donnerstag, den 18. August 1932

Das Ergebnis von Ottawa.

Worte allein helfen in der heutigen Wirtschaftskrise wenig wie vielköpfige „Konferenzen“, wo sich jeder dieser „Köpfe“ nur vom Egoismus beherrschen läßt. Auch trefflich filiierte Entschlüsse solcher Konferenzen vermögen nicht mehr die Dringlichkeit des Ergebnisses zu verhüllen, wenn dieses nicht in einem tatsächlichen Handeln besteht. Auch auf der jetzt beendeten „Empire“-Konferenz in Ottawa, wo sich um die Vertreter des britischen Mutterlandes die der Dominien und der Kolonien versammelten, sind treffliche Reden gehalten, ausgezeichnete Entschlüsse gefaßt worden, aber das praktische Ergebnis steht dazu in einem für England selbst recht unangenehmen Gegensatz. Noch größer wird dieser Gegensatz, wenn man an die offenen oder versteckten Absichten denkt, die bestimmte und sehr einflussreiche Kreise in England durch die Konferenz in Ottawa verwirklicht zu sehen hofften. Uns Deutsche interessiert ja in der Hauptsache auch nur dieser weltanschaulich-politische Hintergrund und nicht die verhältnismäßig geringe Ausbeute, die der konservative Führer Baldwin aus Ottawa nach England mitbringt.

„Nichts vor der Konferenz von Ottawa!“ war ja immer die Antwort gewesen, die auch Deutschland zu hören bekam, wenn unsererseits Vorschläge gemacht wurden, um das fast völlig zerrissene Gewand zu flicken, das — kaum mit Recht — die Bezeichnung „Deutsch-englischer Handelsvertrag“ führt. Durch die scharfe, unerhört drastische Schwankung der englischen Politik und Handelspolitik ins Lager des Hochschutzzoll-, Zolltarif- und Einfuhrverwehrens hinein war der Vertrag seinem Wesen nach erst auf den Kopf gestellt und dann zerstückelt worden. Daß man sich in aller Welt damit nur gegenseitig hochpreisigte, hat einerseits dazu geführt, daß überall die Einfuhr zurückging, die Ausfuhr aber das gleiche tat oder noch stärker sank. Und nebenbei verschob es in besonderen die deutsch-englischen Handelsbeziehungen derart, daß aus unserem Ausfuhrüberschuß gegenüber England ein deutscher Einfuhrüberschuß wurde, wir also nach England weniger an Waren verkauften, als wir von dort bezogen haben. Früher, in ach! so schönen Zeiten war England unser zweitbestes Kunde. Alles nach der Konferenz von Ottawa!

— So wurden auch die deutschen Vertreter für die Revision der Handelsverträge vertrieben, und hoffentlich tritt der damit angebotene Zeitpunkt bald ein. Verfühlungen, die sich jetzt als übertrieben herausstellen, hatten glauben gemacht, England werde sich dem von Zollmauern umfarrten und zerstückelten Europa handelspolitisch ab- und dem großen englischen Weltreich zuwenden, um eine Art „geschlossenen allbritischen Handelsstaates“ in Ottawa vorzubereiten. Es ist heute nicht mehr nötig, darauf hinzuweisen, daß die so ganz anders gewordene wirtschaftliche Struktur besonders der großen, stark industrialisierten Dominien so etwas nicht mehr zuläßt. Gerade sie aber verlangten, daß England sein Schutzzollsystem auch gegenüber der Lebensmitteleinfuhr ausbaue, um dann seinen Kolonien hier Vorzugszölle zu gewähren, also seinen Lebensmittelbedarf praktisch allein bei seinen Kolonien zu decken. Als wesentliches Ergebnis der Konferenz von Ottawa läßt sich nun feststellen, daß es Herrn Baldwin gelang, durch geschickte Politik und vorsichtiges Ausweichen der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Dominien selbst einen anderen Weg zu öffnen. Nicht erhöht werden die englischen Lebensmittelzölle, sondern auf die bestehenden erhalten die Dominien den Vorzug. Aber das interessiert uns Deutsche nicht unmittelbar, da unsere Lebensmittel- und Rohstoff-Ausfuhr nach England ganz gering war und ist. Andererseits haben aber auch die Dominien der englischen Einfuhr von Fertigwaren einiges Entgegenkommen bewiesen, und diese erhalten damit eine zollpolitische Vorzugsbehandlung, die für die nichtbritischen Waren fehlt. Aber gerade diese Vereinbarungen sind nicht sehr umfangreich, behandeln zum Teil auch schon bisher.

Der Handel mit den Dominien macht nur 30 Prozent des gesamten britischen Außenhandels aus, und Baldwin hat es in Ottawa denn doch nicht riskiert, allzuviel von dem andern 70 Prozent auf Spiel zu setzen, zumal er darüber klagen mußte, daß die Dominien für 100 Mill. Pfund Sterling mehr an England verkaufen als England an diese großgewordenen Länder. Und man kann nun nicht diesen Dominien zuliebe die englischen Lebensmittelzölle erhöhen, und damit den Lebensstandard in einem Lande herunterdrücken, dessen Arbeitslosenziffer sich langsam, aber stetig den vier Millionen nähert.

Ganz vorsichtig gesagt: England ist in seinen zollpolitischen Hochprotektionismus durchaus nicht vertrieben, hat ihn in Ottawa nicht gelockert, und scheint durchaus bereit zu sein, auf der Weltwirtschaftskonferenz Wege der Verständigung auf dem Gebiet des internationalen Zoll- und Handelswesens zu gehen, wenn nur die anderen Völker mitmachen würden!

Fördert die Ortspresse

Die Ziele des Kabinetts Papen

Die Besprechung mit Hitler. Wichtige Erklärungen des Reichskanzlers.

Reichskanzler von Papen hat einem Vertreter der englischen Presse gegenüber wichtige Erklärungen über die Ziele seines Kabinetts auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik abgegeben. Er betonte zunächst die Forderung Deutschlands nach Rüstungsgleichheit. Es ginge nicht an, daß Deutschland noch weiterhin als eine zweitklassige Nation behandelt würde. Deutschland habe nicht den Wunsch oder die Absicht der Wiederaufrüstung, aber es verlange, daß die anderen Nationen ihr Abrüstungsversprechen auch wirklich hielten. Der englische Ministerpräsident habe in Lausanne stets volles Verständnis für den deutschen Standpunkt in dieser Frage gezeigt. Sollte man aber Deutschland das gleiche Maß der Sicherheit verweigern, so würde die deutsche Regierung die notwendigen Schritte tun, wie sie vom Reichswehrminister angeordnet worden seien.

Auch die ungleiche Behandlung Deutschlands in der Kolonialfrage müsse verschwinden. Auch diese Ungerechtigkeit müsse früher oder später beseitigt werden, denn Deutschland habe die feste Absicht, Kolonien zu erwerben.

Sinnföhllich der inneren Politik äußerte sich der Reichskanzler dahin, daß er nicht die Absicht habe, dem Reichstage aus dem Wege zu gehen. Er setze seine Hoffnung hierbei auf den gesunden Menschenverstand der Parteien. Sollte aber der Reichstag sein Mißtrauen aussprechen, so würde die Regierung die Schritte tun, die der dann entstehenden Lage angemessen sein würden. Aber sie würde auch hierbei der Verfassung die nötige Achtung entgegenbringen. Der Reichskanzler fügte hinzu, daß seine Regierung noch lange Zeit im Amte bleiben werde.

Dann ging der Reichskanzler noch auf seine Besprechung mit Hitler ein. Hitler habe ihm gegenüber zugegeben, daß er während der letzten Monate erhebliche Schwierigkeiten mit dem ungeduldigen Teil seiner Anhänger gehabt habe. Infolgedessen könne er sich nicht darauf einlassen, sich an einem Kabinett nur zu beteiligen, sondern er müsse die ganze Gewalt verlangen. Es könne also kein Zweifel bestehen, daß Hitler in Wegensatz zu dem von den Nationalsozialisten veröffentlichten Dementi die volle Macht verlangt habe. Im übrigen sprach sich der Reichskanzler beruhigend über die Absichten der Hitler-Partei aus.

Hitler habe ihm die Versicherung gegeben, daß er keine ungesetzlichen Mittel anwenden werde, und er, der Kanzler, habe keinen Grund, ihm nicht zu glauben. Eine Gefahr von Seiten der Hitler-Partei besche also nicht. Die Regierung stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß es ihre Pflicht sei, jede gewalttätige Revolte gegen ihr Ansehen und gegen ihre Autorität zu unterdrücken, nötigenfalls unter Anwendung von Waffengewalt.

Silbermünzen für die Arbeitsbeschaffung.

Das Programm der Landgemeinden. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden erläuterte der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gerold-Pfessl, in einer Pressebesprechung. Über die Möglichkeit der Finanzierung der bekannten Pläne führte er u. a. aus: Was heute in der Öffentlichkeit vielfach verwechselt wird, ist die Arbeitsbeschaffung und die Beschaffung der für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendigen Geldzeichen. Wenn man den bargeldlosen Verkehr belebt und zu seiner Förderung auch das Scheckgesetz verschärft, dann sind zur Inangriffnahme auch eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms relativ nur geringe Mengen von Geldzeichen nötig, die die Reichsbank ohne irgendeine Gefährdung der Währung zur Verfügung stellen könnte. Das Reich hat ja die Möglichkeit, noch für 280 Millionen Mark Silbermünzen ausprägen zu lassen, da die Ermächtigung besteht, bis zu 30 Mark je Einwohner auszugeben. Außerdem hat die Reichsbank gegenwärtig für 180 bis 250 Millionen Mark Münzen auf Lager, da durch die fehlenden Kreditmöglichkeiten die Wirtschaft diese Münzen nicht mehr aufgenommen hat.

Was die Reichsregierung im einzelnen an bekannten Vorschlägen habe, könne ohne weiteres organisch in den weitergehenden Plan der Landgemeinden eingearbeitet werden. Nicht gelöst habe aber die Regierung bisher die Finanzierungsfrage. Geschehe nicht bald etwas Durchgreifendes, dann gingen wir sehenden Auges in den völligen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates hinein.

Freiwilliger Arbeitsdienst als Grundlage für Arbeitsdienstplicht.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie zur Arbeitsbeschaffung. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich mit der wirtschaftspolitischen Lage und nahm u. a. zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung.

Der Reichsverband vertritt den Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann, und lehnt alle ulerlosen Pläne, die zur Ausführung von Milliardenprojekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine allmähliche Behebung der Arbeitslosigkeit kann nur dann erhofft werden, wenn die inneren wirtschaftlichen Hemmungen, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, beseitigt und die Produktionskosten derartig gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstplicht erörtert. Dabei wurde festgestellt, daß der freiwillige Arbeitsdienst einer möglichen Förderung bedarf und daß in einem weiteren Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes auch die organischen Grundlagen für eine spätere Einführung der Arbeitsdienstplicht gefunden werden können.

Weitere Beratungen des Reichskabinetts mit Dr. Luther.

Zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsbankpräsidenten, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsfinanzminister fand wieder eine längere Beratung über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms statt. Da derartige Beratungen jetzt dauernd stattfinden, werde keine amtliche Verlautbarung ausgehen.

Noch keine Verständigung über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Berlin, 18. August. Nach der D.A.Z. verlautet, daß die neue Ausprägung der Reichsbanknoten durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther noch nicht zu einer Verständigung über die Schwierigkeiten der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms geführt habe. Die Verhandlungen werden deshalb fortgesetzt.

Verlängerung der Beurlaubung Dr. Brauchs?

Berlin, 18. August. Wie Berliner Blätter erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung bei der Stadtverwaltung in Essen eine Verlängerung des Urlaubs für den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums beauftragten Reichskommissar Dr. Brauch bis Ende Dezember 1932 zu beantragen.

Was hat Hitler versprochen und gefordert?

Die Nationalsozialisten haben der amtlichen Darstellung über die Haltung Hitlers bei den Regierungsverhandlungen widersprochen. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit:

„Die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Versprechen abgegeben, die Regierung von Papen nach den Wahlen zu tolerieren, und nun dieses Versprechen nicht gehalten, ist unwahr. Ebenso unwahr ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der NSDAP habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Übergabe der gesamten Regierungsgewalt in vollem Umfang gefordert.“

Auf diese Erklärung der Nationalsozialisten läßt die Reichsregierung erwidern:

„Die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Versprechen abgegeben, die Regierung von Papen nach den Wahlen zu tolerieren, und nun dieses Versprechen nicht gehalten, ist unwahr. Ebenso unwahr ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der NSDAP habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Übergabe der gesamten Regierungsgewalt in vollem Umfang gefordert.“

Hitler habe die volle Macht ähnlich wie Mussolini in Italien beansprucht, und Hitler und seine Unterführer hätten tatsächlich vor Zeugen versprochen, der Regierung von Papen nach der Wahl keine Schwierigkeiten zu bereiten. Daß Hitler die volle Macht beansprucht habe, sei ja auch aus den Äußerungen der nationalsozialistischen Presse zu erkennen, wo immer wieder von der vollen Macht für Hitler gesprochen werde. Falsch sei es auch, wenn Hitler in einer Unterredung mit einem Zeitungsvertreter erklärte, Hindenburgs Beschluß, Hitlers Forderungen abzulehnen, habe schon vorgelegen, bevor er, Hitler, empfangen worden sei.